

20.11.2019

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3067 vom 23. Oktober 2019
der Abgeordneten Christina Weng und Angela Lück SPD
Drucksache 17/7696

Wie ist es um den Arbeitsschutz im Pflegebereich bestellt?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Der Pflegebereich steht seit längerem im politischen und medialen Fokus. Aufgrund ständig steigenden Personalbedarfs, der nicht in ausreichendem Maße gedeckt werden kann, klagen viele Arbeitnehmer über stetig schlechter werdende Arbeitsbedingungen. Sehr genau belegt ist diese Entwicklung mit der Sonderauswertung "Arbeitsbedingungen in der Alten- und Krankenpflege" basierend auf den zusammengefassten Erhebungsdaten der repräsentativen Beschäftigtenbefragung zum DGB-Index Gute Arbeit für die Jahre 2012 bis 2017.

Demnach sind die Arbeitsanforderungen und -bedingungen, auch aufgrund des kontinuierlichen Personalmangels, für viele Beschäftigte hochbelastend. In diesem Spannungsfeld wirken die Renditeinteressen vieler Einrichtungsbetreiber zusätzlich verschärfend. Die zurückliegenden Streiks an den Unikliniken in Düsseldorf und Essen wurden vor genau diesem Hintergrund geführt.

In dieser Lage ist die staatliche Überwachung der Arbeitsbedingungen besonders geboten.

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat die Kleine Anfrage 3067 mit Schreiben vom 19. November 2019 namens der Landesregierung beantwortet.

1. Vom Juli 2018 bis Juni 2019 lief die Arbeitsschutzaktion „Gesund und sicher pflegen“. Wie stellen sich die Ergebnisse dieser Arbeitsschutzaktion dar?

Im Aktionszeitraum 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 wurden von der Arbeitsschutzverwaltung Nordrhein-Westfalen insgesamt 241 Krankenhäuser und stationäre Pflegeeinrichtungen überprüft. Darunter waren 37 Krankenhäuser und 204 Pflegeheime. Die überprüften Einrichtungen entsprechen etwa 10 % der Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

Datum des Originals: 19.11.2019/Ausgegeben: 26.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Besichtigungen im Rahmen der Arbeitsschutzaktion „Gesund und sicher Pflegen“ hatten insbesondere die folgenden drei Schwerpunkte:

- a. Kontrolle der Einhaltung der Arbeitszeitvorschriften
- b. Überprüfung der Arbeitsschutzorganisation
- c. Betrachtung der Psychischen Belastungen in der Gefährdungsbeurteilung

a. Kontrolle der Einhaltung der Arbeitszeitvorschriften

Bei der Kontrolle der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben zur Arbeitszeit wurde insbesondere die Einhaltung der täglichen Höchstarbeitszeit (von bis zu 10 oder 12 Stunden¹), die Einhaltung der Mindestruhezeit von 10 Stunden² und die Pausengestaltung geprüft. Von 241 überprüften Einrichtungen wurden in 105 Einrichtungen keine Arbeitszeitverstöße festgestellt. 136 Einrichtungen wiesen mindestens einen bis zu vier Mängel hinsichtlich arbeitszeitlicher Vorschriften auf, wobei die meisten Verstöße eher gering waren oder Einzelfälle darstellten. Insgesamt wurden rund 200 Mängel festgestellt, die je nach Schwere zu unterschiedlichem Verwaltungshandeln führten.

b. Überprüfung der Arbeitsschutzorganisation

Im Rahmen der systematischen Überprüfung der Arbeitsschutzorganisation verfügten 97 Einrichtungen über eine geeignete, 131 Einrichtungen über eine teilweise geeignete und 13 Einrichtungen über eine ungeeignete Arbeitsschutzorganisation. In diesen Einrichtungen fehlte in erster Linie die Gefährdungsbeurteilung, oder diese wurde nicht angemessen durchgeführt.

c. Betrachtung der Psychischen Belastungen in der Gefährdungsbeurteilung

Die Arbeitsschutzverwaltung prüfte, ob der Inhalt der Gefährdungsbeurteilung richtig dokumentiert war, die Beteiligung des Betriebsarztes erfolgte und wie weit der Prozess der Gefährdungsbeurteilung fortgeschritten war. Lediglich in 82 Einrichtungen von 241 wurde die Gefährdungsbeurteilung zum Aspekt der Psychischen Belastungen angemessen durchgeführt. 113 Einrichtungen haben mit einer solchen Gefährdungsbeurteilung begonnen, 46 Einrichtungen konnten noch keine Gefährdungsbeurteilung zum Aspekt der Psychischen Belastungen vorweisen.

Ende September 2019 wurden die ersten Zwischenergebnisse der Aktion bei einer Veranstaltung mit den Verbänden und Trägern sowie den Beschäftigtenvertretungen und den beteiligten Behörden und Institutionen vorgestellt.

Ein detaillierter Bericht über die Ergebnisse der Aktion ist in Vorbereitung und wird dem zuständigen Landtagsausschuss zeitnah zugeleitet.

2. Wie viele Meldungen über nicht behobene Anzeigen nach § 17 Abs.2 ArbSchG wurden von 2014 bis 2018 im Pflegebereich gestellt? (Bitte nach Regierungsbezirken und Pflegebereichen aufschlüsseln.)

In der nachfolgenden Tabelle ist die Anzahl der eingegangenen Meldungen über nicht behobene Anzeigen nach § 17 Abs. 2 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) im Pflegebereich für die Jahre 2014 bis 2018 in den Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens dargestellt.

¹ 12 Stunden, wenn diese nach Tarifvertrag zugelassen sind

² In der Gesundheitsbranche ist eine Verkürzung der 11-stündigen Ruhezeit auf 10 Stunden möglich, wenn innerhalb von vier Wochen ein Ausgleich durch Verlängerung auf 12 Stunden stattfindet.

Zur Auswertung wurden für die jeweiligen Pflegebereiche die folgenden Wirtschaftsklassen (WKL) nach NACE-Code herangezogen:

- „Krankenhäuser“ (WKL: 86.1 / 86.10 / 86.10.1 / 86.10.2 / 86.10.3),
- „Pflegeheime“ (WKL: 87.1 / 87.10 / 87.10.0),
- „Altenheime“ (WKL: 87.3 / 87.30 / 87.30.1).

| Behörde | Anzahl Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG Pflegebereich (insgesamt) | | | | |
|-----------------------------|--|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 13 | 17 | 7 | 16 | 16 |
| Bezirksregierung Detmold | 6 | 10 | 8 | 9 | 18 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 12 | 13 | 12 | 10 | 22 |
| Bezirksregierung Köln | 14 | 11 | 16 | 30 | 20 |
| Bezirksregierung Münster | 5 | 5 | 8 | 10 | 9 |
| Summe | 50 | 56 | 51 | 75 | 85 |

Tabelle 1: Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG im Pflegebereich (Krankenhäuser, Pflegeheime, Altenheime)

| Behörde | Anzahl Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG Krankenhäuser | | | | |
|-----------------------------|--|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 12 | 15 | 6 | 12 | 12 |
| Bezirksregierung Detmold | 5 | 5 | 4 | 8 | 16 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 11 | 10 | 11 | 7 | 21 |
| Bezirksregierung Köln | 13 | 10 | 12 | 28 | 17 |
| Bezirksregierung Münster | 3 | 5 | 8 | 8 | 8 |
| Summe | 44 | 45 | 41 | 63 | 74 |

Tabelle 2: Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG in Krankenhäusern

| Behörde | Anzahl Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG Pflegeheime | | | | |
|-----------------------------|--|----------|----------|----------|----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 0 | 2 | 0 | 2 | 1 |
| Bezirksregierung Detmold | 1 | 4 | 2 | 1 | 1 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 0 | 2 | 0 | 1 | 0 |
| Bezirksregierung Köln | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 |
| Bezirksregierung Münster | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 |
| Summe | 2 | 8 | 3 | 7 | 3 |

Tabelle 3: Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG in Pflegeheimen

| Behörde | Anzahl Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG Altenheime | | | | |
|-----------------------------|---|----------|----------|----------|----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 1 | 0 | 1 | 2 | 3 |
| Bezirksregierung Detmold | 0 | 1 | 2 | 0 | 1 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 1 | 1 | 1 | 2 | 1 |
| Bezirksregierung Köln | 0 | 1 | 3 | 1 | 2 |
| Bezirksregierung Münster | 2 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Summe | 4 | 3 | 7 | 5 | 8 |

Tabelle 4: Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG in Altenheimen

3. *Wie sind die Aufsichtsbehörden mit diesen Mitteilungen umgegangen? (Bitte nach Möglichkeit erneut nach Regierungs-bezirk und Pflegebereich aufgeschlüsselt darstellen, welche Maßnahmen ergriffen wurden.)*

Meldungen über nicht behobene Anzeigen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG geben Aufschluss über Mängel im Bereich des Arbeitsschutzes.

Diese Meldungen werden bei der Arbeitsschutzverwaltung als Beschwerden von Beschäftigten erfasst und bearbeitet. Beschwerden wird eine sehr hohe Bedeutung beigemessen, da aktiv auf Missstände in Betrieben aufmerksam gemacht wird.

Seit 2011 wurde eine einheitliche Bearbeitung von Beschwerden in der Arbeitsschutzverwaltung Nordrhein-Westfalens festgelegt. Im „Hand-buch Beschwerdemanagement der Arbeitsschutzverwaltung Nordrhein-Westfalen“ ist der einheitliche Prozess der Beschwerdebearbeitung geregelt. Ist die Zuständigkeit der Arbeitsschutzverwaltung gegeben, wird bei der Beschwerdebearbeitung grundsätzlich ein Außendienst durchgeführt. Hierbei wird neben den Inhalten der Beschwerde in der Regel die gesamte Arbeitsschutzorganisation des Betriebes überprüft. Die oder der Verantwortliche des Betriebes wird vor Ort aufgefordert die festgestellten Mängel zu beseitigen. Diese Aufforderung wird im Nachgang schriftlich mitgeteilt.

Bestehen Zweifel, ob die Mängel behoben wurden kann es notwendig sein eine Nachbesichtigung durchzuführen. Werden die Mängel nicht beseitigt, so kann sich ein Verwaltungsverfahren oder/und Ordnungswidrigkeitenverfahren anschließen.

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die Anzahl der Außendienste die in den Jahren 2014 bis 2018 aufgrund von Meldungen über nicht behobene Anzeigen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG von der Arbeitsschutzverwaltung Nordrhein-Westfalens im Pflegebereich durchgeführt wurden:

| Behörde | Außendienste aufgrund von Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG Pflegebereich (insgesamt) | | | | |
|-----------------------------|--|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 10 | 7 | 4 | 14 | 10 |
| Bezirksregierung Detmold | 4 | 9 | 3 | 7 | 14 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 8 | 10 | 10 | 5 | 12 |
| Bezirksregierung Köln | 9 | 10 | 13 | 25 | 18 |
| Bezirksregierung Münster | 4 | 3 | 5 | 3 | 4 |
| Summe | 35 | 39 | 35 | 54 | 58 |

Tabelle 5: Außendienste aufgrund von Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG im Pflegebereich (Krankenhäuser, Pflegeheime, Altenheime)

| Behörde | Außendienste aufgrund von Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG Krankenhäuser | | | | |
|-----------------------------|--|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 9 | 5 | 3 | 10 | 8 |
| Bezirksregierung Detmold | 3 | 5 | 2 | 6 | 13 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 7 | 8 | 9 | 3 | 12 |
| Bezirksregierung Köln | 8 | 9 | 9 | 24 | 15 |
| Bezirksregierung Münster | 2 | 3 | 5 | 3 | 4 |
| Summe | 29 | 30 | 28 | 46 | 52 |

Tabelle 6: Außendienste aufgrund von Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG in Krankenhäusern

| Behörde | Außendienste aufgrund von Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG Pflegeheime | | | | |
|-----------------------------|--|----------|----------|----------|----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 0 | 2 | 0 | 2 | 1 |
| Bezirksregierung Detmold | 1 | 3 | 0 | 1 | 0 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Bezirksregierung Köln | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 |
| Bezirksregierung Münster | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Summe | 2 | 6 | 1 | 4 | 2 |

Tabelle 7: Außendienste aufgrund von Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG in Pflegeheimen

| Behörde | Außendienste aufgrund von Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG Altenheime | | | | |
|-----------------------------|---|----------|----------|----------|----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 1 | 0 | 1 | 2 | 1 |
| Bezirksregierung Detmold | 0 | 1 | 1 | 0 | 1 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 |
| Bezirksregierung Köln | 0 | 1 | 3 | 1 | 2 |
| Bezirksregierung Münster | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Summe | 4 | 3 | 6 | 4 | 4 |

Tabelle 8: Außendienste aufgrund von Meldungen nach § 17 Abs. 2 ArbSchG in Altenheimen

4. Wie stellt sich die Personalsituation der Arbeitsschutzverwaltung in den einzelnen Regierungsbezirken dar?

In der Arbeitsschutzverwaltung NRW sind insgesamt 745 Beschäftigte tätig. Hiervon sind 541 Aufsichtsbeamtinnen bzw. -beamte, denen die Befugnis zum hoheitlichen Handeln (u. a. Anordnungsbefugnis) erteilt worden ist und die zum Vollzug der den Arbeitsschutzbehörden insgesamt übertragenen Aufgaben eingesetzt werden (Stand 30.6.2018).

| Behörde | Gesamtpersonal ASV NRW | Aufsichtsbeamtinnen/- beamte ASV NRW |
|--|---------------------------|---|
| Bezirksregierung Arnsberg, Dez. 55 und 56 | 128 | 104 |
| Bezirksregierung Detmold, Dez. 55 und 56 | 83 | 77 |
| Bezirksregierung Düsseldorf, Dez. 55 und 56 | 172 | 148 |
| Bezirksregierung Köln, Dez. 55 und 56 | 158 | 136 |
| Bezirksregierung Münster, Dez. 55 und 56 | 82 | 70 |
| Summe Bezirksregierungen | 623 | 535 |
| Landesinstitut für Arbeitsgestaltung | 95 | 6 |
| Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen | 27 | 0 |
| Summe | 745 | 541 |

Tabelle 9: Anzahl der Beschäftigten in der ASV NRW (Angabe in Vollzeitäquivalenten - gerundet)

5. Wie viele Kontrollen im Pflegebereich im Rahmen der aktiven (eigeninitiierten) Überwachung wurden im Pflegebereich seit 2014 vorgenommen? (Bitte nach Regierungsbezirken, Pflegebereichen und Jahren aufschlüsseln)

In den nachfolgenden Tabellen sind die aktiven Überwachungen der Arbeitsschutzverwaltung Nordrhein-Westfalens im Pflegebereich für die Jahre 2014 bis 2018 in den Regierungsbezirken dargestellt.

Im Pflegebereich werden aktive Überwachungen nicht nur zu Themen des betrieblichen- und sozialpolitischen Arbeitsschutzes durchgeführt. Insbesondere der Strahlenschutz (z. B. Überwachung des Betriebs von Röntgenanlagen, Computertomographen) wird durch die Arbeitsschutzverwaltung Nordrhein-Westfalens regelmäßig überwacht.

| Behörde | Aktive Überwachung Pflegebereich (insgesamt) | | | | |
|-----------------------------|---|-----------|------------|------------|------------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 29 | 4 | 20 | 46 | 36 |
| Bezirksregierung Detmold | 18 | 11 | 6 | 20 | 18 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 32 | 13 | 20 | 56 | 75 |
| Bezirksregierung Köln | 33 | 36 | 79 | 87 | 46 |
| Bezirksregierung Münster | 13 | 3 | 14 | 31 | 25 |
| Summe | 125 | 67 | 139 | 240 | 200 |

Tabelle 10: Aktive Überwachung Pflegebereich (Krankenhäuser, Pflegeheime, Altenheime)

| Behörde | Aktive Überwachung Krankenhäuser | | | | |
|-----------------------------|-------------------------------------|-----------|-----------|------------|-----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 29 | 2 | 4 | 35 | 17 |
| Bezirksregierung Detmold | 16 | 4 | 2 | 19 | 11 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 29 | 5 | 10 | 41 | 25 |
| Bezirksregierung Köln | 23 | 18 | 48 | 55 | 26 |
| Bezirksregierung Münster | 11 | 2 | 3 | 25 | 13 |
| Summe | 108 | 31 | 67 | 175 | 92 |

Tabelle 11: Aktive Überwachung in Krankenhäusern

| Behörde | Aktive Überwachung Pflegeheime | | | | |
|-----------------------------|-----------------------------------|----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 0 | 1 | 3 | 3 | 8 |
| Bezirksregierung Detmold | 2 | 1 | 2 | 0 | 4 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 1 | 1 | 4 | 4 | 14 |
| Bezirksregierung Köln | 0 | 6 | 9 | 16 | 8 |
| Bezirksregierung Münster | 0 | 0 | 5 | 2 | 7 |
| Summe | 3 | 9 | 23 | 25 | 41 |

Tabelle 12: Aktive Überwachung in Pflegeheimen

| Behörde | Aktive Überwachung Altenheime | | | | |
|-----------------------------|----------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Bezirksregierung Arnsberg | 0 | 1 | 13 | 8 | 11 |
| Bezirksregierung Detmold | 0 | 6 | 2 | 1 | 3 |
| Bezirksregierung Düsseldorf | 2 | 7 | 6 | 11 | 36 |
| Bezirksregierung Köln | 10 | 12 | 22 | 16 | 12 |
| Bezirksregierung Münster | 2 | 1 | 6 | 4 | 5 |
| Summe | 14 | 27 | 49 | 40 | 67 |

Tabelle 13: Aktive Überwachung in Altenheimen